



# Dat Pöggskén

Nr. 73

ZEITUNG DER GRÜNEN TELGTE ●

## »Guten Tag«

Telgte gleicht derzeit wieder einmal einem Schilderwald. Landtagswahlplakate und Plakate mit den Bürgermeisterkandidaten bestimmen das Stadtbild. Damit ist für alle unübersehbar, dass wir am 9. Mai in demokratischen Wahlen den neuen Landtag und zugleich auch einen neuen Bürgermeister für Telgte mit bestimmen können. Und auch sollten, denn bei so wichtigen Entscheidungen sollte jeder und jede wirklich zur Wahl gehen.

Die beiden Bewerber um das Amt des Bürgermeisters haben sich in eigenen Veranstaltungen und in Diskussionsrunden bereits vielen Wählerinnen und Wählern vorstellen können. An den Info-Ständen und zu vielen weiteren Anlässen gibt es außerdem die Möglichkeit zum Gespräch, zu Fragen, zu Kritik oder zu Lob. Dafür steht der Kandidat von Bündnis 90/DIE GRÜNEN, Fraktionssprecher Wolfgang Pieper jederzeit gerne zur Verfügung.

Nutzen Sie Ihre Möglichkeiten zur demokratischen Teilhabe und Mitbestimmung. Gehen Sie zur Wahl. Und bleiben Sie möglichst auch nach dem 9. Mai kommunalpolitisch am Ball, äußern Sie Ihre Meinung, bringen Sie sich ein, beteiligen Sie sich an der weiteren Entwicklung unserer Stadt.

Viel Spaß bei der Lektüre dieser Ausgabe wünscht Ihnen wie immer

Ihre Pöggskén-Redaktion



offenes Klima zwischen Politik, Verwaltung und Bevölkerung, um die Zukunft Telgtes gemeinschaftlich zu meistern.

Ich werde als Bürgermeister nicht nur die Verwaltung leiten, sondern mir vor allem den Blick der Bürgerinnen und Bürger bewahren. In diesem Sinne möchte ich meinen politischen Sachverstand und meine persönlichen Fähigkeiten zum Wohle unserer Stadt einbringen. Deshalb bitte ich um Ihr Vertrauen für die Bürgermeisterwahl am 09. Mai 2010 und um Ihre Unterstützung für die Zeit danach.

*Wolfgang Pieper*

## Steckbrief

### zum Bürgermeisterkandidaten Wolfgang Pieper

Wolfgang Pieper  
48 Jahre  
verheiratet, zwei Kinder

Landschaftsverband Westfalen-Lippe  
(Arbeitsschwerpunkte: Finanzen, Personal, Kultur, Hochbau, Umwelt, Energie und Kommunalwirtschaft)

- Abitur 1981 am Gymnasium Schloss Loburg
- 1981/82 Zivildienst an der Körperbehindertenschule des LWL Münster
- Studium Philosophie, Geschichte und Politikwissenschaft an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster,
- 1988: Geschäftsführer für den Kreisverband und die Kreistagsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN Warendorf,
- seit 1989: Fraktionsgeschäftsführer - tätig für Bündnis 90/DIE GRÜNEN im
- 1984-1987 sachkundiger Bürger für die GRÜNEN im Rat der Stadt Telgte
- seit 1987 Mitglied im Rat der Stadt Telgte
- seit über 15 Jahren Fraktionssprecher
- seit 2005: Vorsitzender des Schul- und Kulturausschusses Telgte
- seit Dezember 2009 direkt gewähltes Mitglied des Kreistages

## Liebe Mitbürgerinnen, liebe Mitbürger,

Telgte ist mein Zuhause. Hier bin ich aufgewachsen, hier bin ich mit meiner Familie verwurzelt. Seit mehr als 25 Jahren engagiere ich mich ehrenamtlich in der Telgter Kommunalpolitik und weiß, dass man Verantwortung übernehmen muss, um die Geschichte seiner Heimatstadt mit gestalten zu können. Dazu bin ich bereit.

Ich möchte Verantwortung übernehmen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung, die den Einwohnerinnen und Einwohnern und den Unternehmen als Partner zur Verfügung stehen. Ich möchte Verantwortung übernehmen für gesunde wirtschaftliche Rahmenbedingungen, in denen Arbeitsplätze erhalten werden und entstehen können. Und ich möchte Verantwortung übernehmen für ein gesprächsbereites und



## Die Wahlen am 9. Mai

Am 9. Mai finden in Telgte zwei Wahlen statt: Die Landtagswahl und die Wahl des Bürgermeisters der Stadt Telgte.

Bei der Landtagswahl sind alle in Nordrhein-Westfalen lebenden **Deutschen** wahlberechtigt, die **18 Jahre** oder älter sind.

Erstmals haben Sie bei der Landtagswahl zwei Stimmen:

Mit der Erststimme entscheiden Sie, welcher Direktkandidat in den Landtag einzieht. Es bewerben sich KandidatInnen von CDU, SPD, Grünen, FDP und Linken. Der Kandidat der Grünen ist Marian Husmann aus Telgte.

Die (wichtigere) Zweitstimme entscheidet über die Sitzverteilung im Landtag. Neben den fünf im Landtag vertretenen Parteien CDU, SPD, Grünen, FDP und Linken bewerben sich 20 weitere kleinere Parteien um den Einzug in den Landtag. Spitzenkandidatin der Grünen ist Silvia Löhmann.

Bei der Bürgermeisterwahl sind alle **EU-BürgerInnen** Telgtes über **16 Jahren** wahlberechtigt. Es bewerben sich Wolfgang Pieper (Grüne) und Dr. Ingo Deitmer (SPD). Gewählt ist der Kandidat mit den meisten Stimmen, ein Mindestquorum existiert nicht.

## Baugebiet Klatenberge-Ost: Planungshoheit muss gewahrt bleiben

**Der Bebauungsplan „Klatenberge-Ost“ ist sicherlich in den vergangenen Jahren der meist umstrittene Planungsbereich in Telgte gewesen. Insbesondere wegen der durch die Umgehungsstraße/B51 ungünstigen städtebaulichen Lage und der Nähe zum sensiblen Bereich der Klatenberge konnte sich der Rat der Stadt Telgte bis zum Aufstellungsbeschluss im Juni 2009 lange nicht über die Art und Verdichtung der Bebauung einigen.**

Der damals von CDU und SPD beschlossene Bebauungsplan wurde jetzt im Februar aufgrund verschiedener Mängel vom Oberverwaltungsgericht NRW außer Vollzug gesetzt. Der Rat hat nun die Möglichkeit, die festgestellten Mängel in einem neuen

Verfahren zu „heilen“, d.h. den im vergangenen Jahr beschlossenen Plan ohne größere Änderungen rechtssicher neu auflegen. Oder der Rat nutzt den Beschluss des Gerichtes für eine Neuausrichtung, zum Beispiel eine Reduzierung der Planung.

Die im März und April erfolgten Beratungen wie auch die Stellungnahmen von CDU und SPD in der Tagespresse legen nun allerdings den Schluss nahe, nur eine „Heilung“ der vom OVG festgestellten Fehler bei der Aufstellung des Bebauungsplanes könne Schadensersatzforderungen des Erschließungsträgers und Investors vermeiden. Das hieße in der Konsequenz, die Ratsmitglieder wären in ihrer Entscheidung nicht mehr frei, ggf. im Rahmen einer Änderung des Bebauungsplans auch die Grundzüge der Planung im Gebiet Klatenberge-Ost noch einmal zu verändern.

Es kann und darf aber nach Auffassung der GRÜNEN nicht sein, dass eine Stadt ihre im Baugesetzbuch verbrieft Planungshoheit mit Blick auf mögliche Schadensersatzansprüche eines Investors klaglos aufgibt. Der Bundesgerichtshof hat in einem Urteil vom 18.05.2006 (BGH III ZR 396/04) in einem ähnlich gelagerten Fall unter anderem festgestellt: „(...) Auch nach Einleitung des Bebauungsplanverfahrens kann die Gemeinde in Ausübung ihrer Planungshoheit das Verfahren wieder einstellen. Ein Anspruch auf Abschluss eines Durchführungsvertrages oder auf Erlass eines dem Vorhabenträger günstigen vorhabenbezogenen Bebauungsplans besteht nicht. ...“

Vor diesem Hintergrund muss die Stadt sicherstellen, dass alle Ratsmitglieder in umfassender Kenntnis über die möglichen Konsequenzen ihres Abstimmungsverhaltens über das weitere Verfahren frei entscheiden können. Dieser Auffassung der GRÜNEN Fraktion schloss sich am 15. April eine Mehrheit im Rat an und beschloss auf Antrag der



Die Stadt wird vom Investor unter Druck gesetzt.

SPD die folgenden zwei Punkte:

- Um für das weitere Beratungsverfahren eine ausreichend sichere Entscheidungsgrundlage für die Ratsmitglieder herzustellen, wird der Städte- und Gemeindebund um eine Bewertung der Sachlage und um Stellungnahme zu der Frage gebeten, ob für den Fall einer Änderungsplanung oder eines ergänzenden Verfahrens gem. §214 (4) BauGB (Heilung der Mängel) oder auch den Fall einer „Nullvariante“ (kein neues Bebauungsplan-Verfahren) mit negativen Auswirkungen für die Stadt Telgte und/oder Schadensersatzansprüchen zu rechnen ist.

- Nach erfolgter Stellungnahme des Städte- und Gemeindebundes wird der Rat der Stadt Telgte anschließend entscheiden, ob – wie von der Verwaltung vorgeschlagen – für den Bebauungsplan „Klatenberge-Ost“ ein ergänzendes Verfahren gem. § 214 (4) BauGB durchgeführt, ob gar kein neues Bebauungsplan-Verfahren oder ob eine Änderungsplanung für den Planbereich eingeleitet werden soll.

Damit ist das Problem noch einmal vertagt, die Entscheidung muss der Rat im Mai treffen. Aber vielleicht haben die Ratsmitglieder dann eine breitere Informationsbasis für diese Entscheidung.

w.p. grüne ratsfraktion

Im März fand auf Anregung der Grünen Ratsfraktion eine gut besuchte Anwohnerversammlung für die Walter-Gropius-Str. und anliegende Straßen statt. Seit Jahren ist vielen Anliegern der Autoverkehr dort ein Dorn im Auge: Es sei zu viel Verkehr (auch in Richtung der Kindertagesstätten und Kleingärten) und es

## Verkehrsbe(un)ruhigung Von fahrenden und stehenden Autos in Spielstraßen

werde deutlich schneller als das erlaubte Schritttempo gefahren. Für die dort wohnenden Kinder ist das gefährlich und schränkt die Spielmöglichkeiten erheblich ein. Nachdem eine Unterschriftensammlung vor längerer Zeit für Veränderungen geworben hatte, lud die Stadtverwaltung zum Gespräch ein, um Lösungsmöglichkeiten

zu diskutieren. Im Ergebnis wurde vor allem eins deutlich: Es gibt keinen Königsweg. Nach heutiger Einschätzung der Experten ist die Straße viel zu lang für eine Spielstraße, in der kaum jemand das Schritttempo bis zu Ende durchhält; also eine Fehlplanung. Einige vorgeschlagene Maßnahmen sind nicht umsetzbar, andere haben in etwa so viele Befürworter wie Gegner, z. B. die Schließung der Georg-Muche-

Str. in Richtung Kleingärten oder die Ausweisung von Parkflächen. Ein Konsens der Anlieger war also nicht zu erreichen. Auch wenn der Austausch gut und sinnvoll war: Für die betroffenen Familien ist das wohl ein frustrierendes Ergebnis, aber vielleicht auch ein Beispiel dafür, dass Politik und Verwaltung nur begrenzt eingreifen und unterstützen können. Verantwortlich für die Wohnqualität sind hier besonders die Nachbar/innen selbst: Spielstraße heißt Schritttempo, auch wenn man es eilig hat. Darauf sollte man sich gegen-

seitig hinweisen dürfen, ohne beschimpft zu werden. Eigentlich ist in Telgte für die meisten gesunden Menschen alles per Rad oder zu Fuß zu erreichen – das stehende Auto ist einfach die beste Verkehrsberuhigung. Und so ist die Walter-Gropius-Str. nur ein Beispiel für alle anderen Spielstraßen in Telgte, die eigentlich Lebensraum und nicht Fahrraum sein sollten.

k.m. grüne ratsfraktion



## Finanzausschuss beschließt Kürzungen für die Musikschule

Mit dem Entwurf des Haushaltsplanes 2010 hatte die Stadtverwaltung vorgeschlagen, die Ansätze für die Musikschule für das Jahr 2010 um 7.500,- Euro gegenüber dem Vorjahr, und 2011 noch einmal um weitere 10.000,- Euro zu kürzen. Eine solche pauschale Kürzung ohne eine Abschätzung der Folgen für das Angebot, die Struktur und

das Finanzgefüge der Musikschule sahen die GRÜNEN nicht als sinnvoll an.

Deshalb sollte nach einem Antrag der GRÜNEN Fraktion der Musikschule über eine Zielvereinbarung die Möglichkeit gegeben werden, in den kommenden 2 – 3 Jahren durch eigene Anstrengungen und Projektideen den

Zuschussbedarf möglichst zu reduzieren. Dem zuständigen Schul- und Kulturausschuss sollte dazu ein Bericht über die Situation, die Entwicklungsmöglichkeiten und das Potenzial für Umstrukturierungen hinsichtlich Angebot und Finanzierung vorgelegt werden. Vor einer Berichterstattung über die Umsetzung der entsprechenden Zielvereinbarung

sollten in 2010 und 2011 keine pauschalen Kürzungen vorgenommen werden.

Die Fraktionen von CDU, SPD und FDP lehnten den Antrag ab und schlossen sich stattdessen dem Kürzungsvorschlag der Verwaltung an. Unverständlich bleibt, dass sie sich mit den konkreten Auswirkungen ihres Beschlusses auf die Arbeit und die Funktionsfähigkeit der Musikschule gar nicht befassen wollten.

w.p. grüne ratsfraktion

Ihr Fahrrad-Spezialist in Telgte

**Fahrräder 2010**

GREEN'S Westminster

3-Gang

Nabendynamo **399,- €**



Kommen Sie zur Probefahrt – Wir beraten Sie gern und unverbindlich!

**Service und Reparatur  
Für uns selbstverständlich**

Glas · Porzellan · Fahrräder

**VOGT**

48291 Telgte · Ritterstraße 47

gegenüber der Feuerweh

Tel. 0 25 04 / 21 96 · Fax 0 25 04 / 7 73 77

Öffnungszeiten

Tägl. 9–13 u. 14.30–18 Uhr, Sa. 9–13 Uhr

Montagnachmittag geschlossen.

# Stadtwerke gegen Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken

Ein Zusammenschluß von über 150 Stadtwerken richtet sich gegen die Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken. Mit der Laufzeitverlängerung würde nicht nur eine Sondereinnahme für die großen Energieriesen E.on, EnBW und Vattenfall erzeugt, sondern auch der Wettbewerb beeinflusst.

Laut Schätzungen kann die Mehreinnahme mehrere hundert Milliarden Euro betragen. Wohlgermerkt Mehreinnahmen in Atomkraftwerken, die mit erheblichen Steuersubventionen errichtet wurden und deren Hinterlassenschaften wiederum der Steuerzahler besitzigen darf.

Die große Mehrheit der Stadtwerke hat ihre Geschäftspolitik mittlerweile auf den Atomausstieg ausgerichtet und will massiv in regenerative

Energien investieren. Durch eine Laufzeitverlängerung für alte Atomkraftwerke, deren Laufzeiten im übrigen nie für 60 Jahre ausgelegt waren, werden diese Bemühungen torpediert. Denn der radioaktive Atomstrom beeinflusst natürlich die Strompreise massiv. Ähnlich verhält es sich mit den ineffektiven „neuen“ Kohlekraftwerken.

Auch die von Umweltminister Röttgen vorgeschlagene geringere Laufzeitverlängerung ist für die Stadtwerke nicht akzeptabel. Bleibt es bei diesem Vorschlag drohen sie damit die eigenen Investitionen in zweistelliger Milliardenhöhe zu stoppen.

Die Forderungen der Stadtwerke gehen allerdings noch wesentlich weiter.

„Wenn sich eine Laufzeitverlängerung politisch nicht mehr verhindern lässt, müssen entweder sämtliche durch die

Laufzeitverlängerung anfallenden Zusatzgewinne bei den Kernkraftwerksbetreibern komplett abgeschöpft werden, oder der Gesetzgeber muss über strukturelle Markt Eingriffe nachdenken“, sagte Olaf Däuper von der Kanzlei Becker Büttner Held. Die Kanzlei hat das Gutachten zusammen mit dem Beratungsunternehmen Enervis erarbeitet.

Außerdem soll der Gesetzgeber die Kernkraftwerksbetreiber verpflichten, alte Kohlekraftwerke in dem Umfang stillzulegen, wie Atomkraftwerkskapazitäten länger am Netz blieben, sagte Däuper dem "Handelsblatt". Dadurch blieben nicht nur die Wettbewerbschancen auf dem Stromerzeugungsmarkt ausgewogen, sondern es stellten sich auch CO2-Einspareffekte und eine Preissenkung bei den Stromgroßhandelspreisen ein.

*m.b. grüne ratsfraktion*



## Einschränkungen beim Anruf-Liniendienst (ALD) beschlossen

Gegen die Stimmen der GRÜNEN beschloss der Finanzausschuss im März eine Reduzierung der Angebote des Anruf-Liniendienstes (ALD), um die Kostenentwicklung für die Stadt im Griff zu halten. Die GRÜNE Fraktion hatte argumentiert, dass diese Maßnahme insbesondere die Anbindung der Ortsteile Westbevern-Dorf und Westbevern-Vadруп an das ÖPNV-Netz verschlechtern würde.



Der ALD soll reduziert werden.

Einvernehmen gab es hingegen zu einer Neustrukturierung des Nachtbusangebotes. Hier waren die Nutzungszahlen – wohl auch weil parallel ja in den späten Abendstunden noch ein Zug der NordWest-Bahn verkehrt – zuletzt um rund 30 Prozent zurückgegangen, so dass eine Nachtbusfahrt entfallen soll.

Die ziemlich hohen Kosten für alle öffentlichen Verkehrsangebote in Telgte wären zudem aus Sicht der GRÜNEN ein Ansatzpunkt, die gesamte Organisation, die Angebotsstruktur und die Finanzierung des Öffentlichen Personennahverkehrs in Telgte (Bahnverkehr, Regionalbuslinien, Nachtbus, ALD, Schülerspezialverkehr) einmal genauer unter die Lupe zu nehmen und – ggf. mit fachlicher Unterstützung – Perspektiven für ein abgestimmtes ÖPNV-Angebot aufzuzeigen, das eine zukunfts fähige, umweltgerechte und finanzierbare öffentliche Organisation von Mobilität in Telgte sicherstellt.

*w.p. grüne ratsfraktion*



## Betreuungsloch vor Einschulung?

**Für die Erstklässler und ihre Familien beginnt in diesem und nächsten Sommer die Zeit vor der Einschulung möglicherweise mit einem Problem: Der Schulbeginn ist recht spät, nämlich am 27. August 2010 bzw. am 7. September 2011. Die Betreuungsverträge in den Kindertagesstätten enden jedoch schon Ende Juli des jeweiligen Jahres. Für Eltern, deren Kinder eingeschult werden, entsteht eine zeitliche Lücke ohne das gewohnte Betreuungsangebot.**

Hinzu kommen etwaige Ferienschießungen der Kitas, die evtl. auch in den Juli fallen könnten. So sind Eltern ggf. gezwungen, 6-7 Wochen ohne Betreuung ihrer Kinder zu überbrücken, was insbesondere für Berufstätige ein

Problem darstellen dürfte.

Vor diesem Hintergrund hat die Grüne Ratsfraktion zur Sitzung des Ausschuss für Jugend, Senioren Sport und Soziales am 20.04.2010 die Verwaltung um Antwort gebeten, welche Vorkehrungen sie trifft, um diesen Familien eine vertraute und gute Kinderbetreuung in den Ferien zu ermöglichen. Die Ursache für dieses Problem liegt im Übrigen vorrangig auf Landesebene: Die Landesregierung hat sich auf Anfrage der Grünen Landtagsfraktion für nicht zuständig erklärt und die Verantwortung auf die Kommunen abgeschoben. Demnach gelte der Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz in der Tageseinrichtung bis zum Schuleintritt. An eine finanzielle Beteiligung des Landes zur Erfüllung der Vorgaben bei späten Sommerferien ist

jedoch nicht gedacht.

Die Telgter Verwaltung hat in Aussicht gestellt, dass die Kindertagesstätten auf Anfrage bereit sind, die Kinder ggf. auch noch im August zu betreuen. Außerdem sei es möglich, dass die Ferienbetreuung der Offenen Ganztagschule in Anspruch genommen werden könne. Schwierig bleibt dabei natürlich, dass dies alles nur Entscheidungen im Einzelfall sein können. Schließlich besuchen zum 1.8. auch schon die neuen Kinder die Kindertagesstätten – und ein noch nicht eingeschultes Kind wird vermutlich nicht gern in einer unbekannten Gruppe von Schulkindern der Offenen Ganztagschule seine Ferien verbringen. Es bleibt zu hoffen, dass für das nächste Jahr umfassendere Lösungen gefunden werden.

*k.m. grüne ratsfraktion*

## GRÜN, WEIL ...

## Jedes Kind ist wichtig



Kinder werden aussortiert, beschämt, zurückgelassen. So funktioniert das heutige Schulsystem: Nicht die Schule muss

zum Kind passen, sondern das Kind zur Schule. Das finde ich unerträglich. Mir ist jedes Kind wichtig, kein Talent darf verloren gehen.

Deshalb will ich andere Schulen möglich machen. Schulen, in denen alle Kinder länger gemeinsam lernen. Schulen, die Kinder wertschätzen und Potentiale entfalten. Diese Schulen sind sozial gerecht, vielfältig und leistungsstark. Sie machen unsere Kinder – und damit unsere Gesellschaft – fit für die Zukunft. Denn ich bin überzeugt: »Kinder sind Feuer, die entfacht, nicht Fässer, die gefüllt werden müssen.«

**Sylvia Löhrmann,**  
Fraktionsvorsitzende und  
Spitzenkandidatin

## Umstellen auf Klimaschutz

Der Klimaschutz ist kein vorübergehendes Thema, sondern wird uns, unsere Kinder und Enkel vor große Herausforderungen stellen. Die Klimaforschung sagt uns, dass eine Verminderung der Emissionen in den Industriestaaten von bis zu 90 oder sogar 95 Prozent bis 2050 notwendig ist.

Das bedeutet, die drei großen Bereiche Strom, Gebäude, Verkehr müssen in den kommenden vier Jahrzehnten vollständig auf emissionsfreie Alternativen umgestellt sein. Die Stromerzeugung muss komplett auf regenerative Energien umgestellt, das Passivhaus Standard für sanierte Alt- und Neubauten und die Mobilität auf regenerative Elektromobilität ausgerichtet werden.

**Reiner Priggen,**  
stellvertretender  
Fraktionsvorsitzender



# Der Grüne Zukunftsplan für NRW

## Die wichtigsten zwölf Thesen aus unserem Grünen Wahlprogramm

Hier unser Plan, was wir Grünen in den kommenden fünf Jahren für unser Bundesland erreichen wollen.

Wie schaffen wir es, den Arbeitsmarkt so anzukurbeln, dass wir durch neue Investitionen zugleich

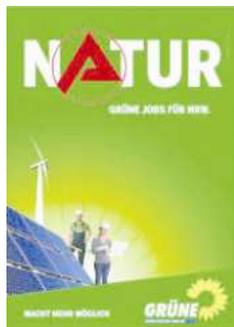
etwas für unser Gemeinwesen, für das Klima und für die Umwelt tun? Wie wollen wir eine bessere Bildung und Betreuung für unsere Kinder erreichen? Durch welche politischen Initiativen wollen wir erreichen, dass sich Bürgerin-

nen und Bürger mehr und besser an politischen Prozessen beteiligen können? Wie wollen wir verhindern, dass unseren Kommunen noch mehr als schon jetzt der finanzielle Absturz droht, oder wie wollen wir mehr Gleichstellung von

Frauen im Beruf erreichen?

Die wichtigsten zwölf Thesen aus unserem Grünen Wahlprogramm, dem Zukunftsplan für NRW, sind auf den Seiten 4 - 6 ausführlich dargestellt.

### 200.000 neue Jobs



Wir wollen den Anteil der erneuerbaren Energien am Strom bis 2020 auf mindestens 22 Prozent und den der hocheffizienten Kraft-Wärme-Kopplung auf 33 Prozent erhöhen. So entstehen Jobs beim Bau der Energieanlagen, beim Handwerk und bei Dienstleistern. Mehr als sieben Millionen Wohnungen in NRW haben energetischen Sanierungsbedarf. Wenn wir davon drei Prozent jährlich

energetisch sanieren, schützen wir das Klima und ermöglichen viele Tausend zusätzliche Jobs im örtlichen Bauhandwerk. Wir wollen in die Qualität unserer Bildungsangebote investieren. Investitionen in Bildung und Betreuung, etwa in Ganztagschulen und qualitativ hochwertige frühkindliche Betreuung, schaffen Arbeitsplätze.

Investitionen ins Gesundheitssystem lohnen sich. Durch steigende Lebenserwartung, demografische Entwicklung und medizinischen Fortschritt wird die Nachfrage nach Gesundheitsdienstleistungen stetig steigen. Allein in NRW sind zurzeit ca. 250.000 Langzeitarbeitslose vom Arbeitsmarkt abgekoppelt. Durch langfristig geförderte sozialversicherungspflichtige Beschäftigung schaffen wir ihnen neue Perspektiven

### Weg mit den Studiengebühren



Bildung darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Es darf nicht sein, dass jedes Jahr Tausende junger Menschen durch die Studiengebühren von der Aufnahme eines Studiums abgeschreckt werden. Deshalb werden wir die Studiengebühren abschaffen, unsere Hochschulen besser ausstatten und das BAföG zu einer umfassenden

bundesweiten Studienfinanzierung weiterentwickeln. Wir wollen ein Studium, das Zeit und Raum gibt für den Blick über den Tellerrand des eigenen Faches hinaus. Deshalb werden wir die notwendigen Kurskorrekturen am Bologna-Prozess vornehmen. Wir stehen für Freiheit von Forschung und Lehre. Deshalb schaffen wir die Hochschulräte ab und stärken Mitbestimmung und Demokratie an den Hochschulen.

Wir werden sicherstellen, dass an den Hochschulen in NRW genügend gut ausgestattete Studienplätze für alle studierwilligen Menschen zur Verfügung stehen – auch für den doppelten Abi-Jahrgang 2013. Alle, die die Zugangsbedingungen haben, sollen studieren können – vom Bachelor bis zum Masterabschluss.

### Atomkraft - nicht schon wieder

Schwarz-Gelb will das Atomausstiegsgesetz zugunsten längerer Laufzeiten für die Stromkonzerne ändern. Dieses Vorhaben versuchen CDU und FDP hinter Worten wie »Brückentechnologie« zu verstecken. Selbst den Neubau von AKWs schließt die FDP nicht aus. Mit zukunftsfähiger Energiepolitik und Klimaschutz hat das nichts zu tun. Atomkraft blockiert den Ausbau der erneuerbaren Energien und der Kraft-Wärme-Kopplung. Sie ist und bleibt nicht beherrschbar. Gerade die ältesten Meiler müssen so schnell wie möglich vom Netz. Auch die Lagerung des verstrahlten Atommülls ist ungeklärt. NRW ist ein gebranntes Kind. Die Atom-Abenteurer in Kalkar, Hamm-Uentrop, Würgassen und Jülich haben Milliarden-

Subventionen verschlungen. Weitere Milliarden kostet es, diese Altlasten zu beseitigen. Mit der Urananreicherungsanlage in Gronau und dem Atommüllzwischenlager in Ahaus stehen in NRW zwei wichtige Glieder der atomaren Brennstoffkette. Deren Betrieb wollen wir schnellstmöglich beenden.

Am 9. Mai muss die schwarzgelbe Bundesratsmehrheit kippen, damit der Atomausstieg bleibt.



### Klimaschutz durch Energiewende

Wir Grünen wollen NRW zum Ausgangspunkt für die grüne industrielle Revolution machen. Das Industrieland NRW kann hier seine Stärken ausspielen und zum Kompetenzzentrum für Klimaschutz werden. Zentral dafür ist unsere 3-E-Strategie: Erneuerbare, Effizienz, Einsparung. Bei der Erhöhung des Anteils der Erneuerbaren bei der Stromerzeugung hat für uns Grüne die Windkraft für NRW das größte Potential. Sie wollen wir bis 2020 verfünffachen. Neue Kohlekraftwerke blockieren den Ausbau der Erneuerbaren. Wir Grünen sind die Garanten, um diese CO<sub>2</sub>-Schleudern zu verhindern. Um die Energieeffizienz zu steigern, setzen wir auf hocheffiziente Kraft-Wärme-Kopplung (KWK), die gleichzeitige,

dezentrale Produktion von Strom und Wärme. Diese Kraftwerke erreichen Wirkungsgrade von 90 Prozent und mehr. NRW ist mit dichter Besiedlung und energieintensiver Industrie hervorragend für KWK geeignet. Unser Ziel für 2020: KWK-Anlagen sollen 33 Prozent des Stromes erzeugen. Bei der Einsparung setzen wir auf energetische Gebäudesanierung. Wir wollen die Sanierung von ca. 200.000 Wohnungen pro Jahr unterstützen.



# MACHT MEHR MÖGLICH

## Schule der Zukunft

Unser Schulsystem sollte Kinder und Jugendliche ermutigen und stärken. Deshalb wollen wir Schulen der Zukunft schaffen.

Wir wollen gemeinsames Lernen bis zum Ende der Pflichtschulzeit, ohne Dauerdruck durch Turbo-Abi, Kopfnoten und Aussortieren und ohne verbindliche Grundschulempfehlungen, die die Eltern bevormunden. Wir wollen den Ganztagsausbau – mit ausgewogenem Mittagessen für alle Kinder – und Schule als Lern- und Lebensort gestalten. Unser Ziel ist die inklusive Schule, für alle Kinder – mit und ohne Behinderung. Wir wollen eine neue Schulkultur mit gutem Lernen, Wertschätzung und Beteiligung – in einer Schule, die kein Kind zurücklässt. Diese



Schule der Zukunft kann nur von unten wachsen, im Konsens mit möglichst vielen Beteiligten. Damit bieten Städte und Gemeinden auch in Zukunft ein wohnortnahes und umfassendes Bildungsangebot vor Ort. Wir lassen die Schule im Dorf!

Eine gute Bildung ist der entscheidende Baustein für Beruf, Chancengleichheit, Gerechtigkeit, Demokratie, sozialen Zusammenhalt und für die Zukunft NRW's.

## Für Gerechtigkeit und Zusammenhalt

NRW war lange Zeit das stolze soziale Gewissen Deutschlands. Wir Grünen wollen dafür sorgen, dass das wieder so wird. Da reicht Rüttgers' Sozialgerede nicht aus, sondern es müssen Worten auch Taten folgen. Etwa wenn es darum geht, die schwarz-gelbe Kopfpauschale zu stoppen. Während Obama in Amerika für eine gesetzliche Krankenversicherung kämpft, will die FDP sie in Deutschland abschaffen! Alle Menschen brauchen: Bildung und Arbeit, ein ausreichendes Einkommen, Schutz vor gesundheitlichen Risiken, eine solidarische Absicherung der Kosten von Krankheit, Behinderung und Pflege – und die Chance, ihr Leben selbstbestimmt gestalten zu können. Das ist das A und O Grüner Sozialpolitik. Die



Kinderamt hat dramatisch zugenommen. 800.000 Kinder und Jugendliche sind in NRW von Armut betroffen. Deshalb brauchen wir auf Bundesebene endlich eigene, gerechte Regelsätze für Kinder – und nicht höheres Kindergeld für die Reichen! Die 200.000 Arbeitsplätze des Green New Deal und unser Ziel einer idealen Bildung für alle sind zentrale Bausteine für soziale Gerechtigkeit. Arbeit und Bildung sind der beste Schutz vor Armut.

## Kitas der Zukunft



Wir wissen: Auf den Anfang kommt es an. Wir möchten, dass alle Kinder in die Kita gehen. Die Kommunen sollen den Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für Kinder ab einem Jahr möglichst früh erfüllen können. Bisher vorenthalte und möglichst weitere Bundesmittel sollen sie auch erhalten. Das schwarz-gelbe Kindertagesgesetz (KiBiz) muss in die Generalrevision.

Wir brauchen Gruppenpau-schalen, die Planungssicherheit schaffen, flexible Angebote erlauben, Bürokratie abbauen und mehr Zeit für die Kinder ermöglichen. Wir wollen Familienzentren besser ausstatten, damit sie Kinder und Familien umfassend stärken können. Kitas in sozialen Brennpunkten brauchen mehr Zuschüsse, damit Kinder aus bildungsfernen Schichten profitieren. Das Mittagessen für Kinder inanziehl schwacher Eltern muss kostenlos sein. Perspektivisch wollen wir Elternbeiträge abschaffen. Wir wollen – beginnend mit der Leitungsebene – schrittweise das Ausbildungs- und Qualifikationsniveau des Kita-Personals erhöhen. Keine Berufsgruppe darf außen vor bleiben. Die Höherqualifizierung muss sich in der Entlohnung ausdrücken.

## Ökologische und soziale Verkehrswende



Für ein ökologisches und soziales NRW braucht es eine Verkehrswende. Wir wollen Verkehrsströme wirksam und innovativ verlagern. So muss es ein über Stadt- und Gemeindegrenzen hinausgehendes Konzept für Busse und Bahnen geben. Eine Ausbauoffensive soll den Menschen in NRW klimaverträgliche und umweltschonende Mobilität mit modernisierten Haltepunkten und Bahnhöfen ermöglichen.

Unser Ziel für Millionen Pendlerinnen und Pendler in Bus und Bahn: entspanntes, pünktliches Reisen und saubere Luft. Wir wollen die LKW-Lawine auf den Straßen und in den Regionen und Städten stoppen. Deshalb wollen wir die LKW-Maut erhöhen und endlich mehr Gütertransporte auf die Schiene bringen. Wir wollen flächendeckend Sozialtickets einführen und bezahlbare Mobilität für einkommensschwache Menschen sicherstellen. Die Förderung des Radverkehrs schützt Klima und Umwelt sowie die Gesundheit der Menschen und schafft mit jedem eingesetzten Euro mehr Arbeitsplätze als der Straßenbau. Deshalb: Parallel laufende Radwege müssen für alle neuen und sanierten Bundes- und Landesstraßen selbstverständlich sein.

## GRÜN, WEIL ...

### Allen Menschen eine Chance

Ich möchte in einer sozialen Gesellschaft und nicht in einer neoliberalen Ellenbogen-Gesellschaft leben. Dafür möchte ich politisch werben, kämpfen und streiten.



Alle Menschen sollen in NRW eine Chance haben, auch diejenigen, die arbeitslos sind, die eine Behinderung haben, die pflegebedürftig sind, die an einer Krankheit leiden, diejenigen, die es schwerer als andere im Leben haben. Politik muss die Rahmenbedingungen schaffen und notwendige Strukturen finanzieren, statt wie CDU und FDP Arbeitslosenzentren, Frauenhäuser, Wohnberatungsstellen, Selbsthilfestrukturen und Wohnungslosensprojekten Geld zu entziehen.

**Barbara Steffens,**  
stellvertretende  
Fraktionsvorsitzende

### Mehr und bessere Demokratie



Demokratie funktioniert nur, wenn alle Bürgerinnen und Bürger das Recht haben, sich an der politischen Diskussion aktiv zu beteiligen. Die schwarz-gelbe Landesregierung hat dies systematisch beschnitten – zum Beispiel durch die Abschaffung der Stichwahl bei den Bürgermeisterwahlen. Wir Grünen wollen diese Entwicklung rückgängig machen. Die Einführung des Wahlrechts bei Kommunalwahlen für Migrantinnen und Migranten aus Nicht-EU-Ländern ist für uns ebenso selbstverständlich wie die Absenkung des Wahlalters bei Kommunal- und Landtagswahlen auf 16 Jahre. Kumulieren und Panaschieren werden wir ebenfalls für Kommunalwahlen einführen. Wir wollen außerdem mehr Volksabstimmungen und -entscheidungen ermöglichen, gerade bei Verfassungsänderungen.

**Arndt Klocke,**  
Landesvorsitzender

# MACHT MEHR MÖGLICH

## Arbeit und Umwelt

Ich bin überzeugt: Der »Green New Deal«, also Investitionen in Klimaschutz, Bildung und Soziales sind der richtige Weg für unser Land. Wir wollen damit die Klimakrise bekämpfen, Voraussetzungen für zukunftsfähige Arbeitsplätze schaffen und die Zukunft unserer Kinder mit besserer Bildung sichern. Grüne Wirtschaftspolitik setzt darum auf Wärmedämmung, erneuerbare Energien und Umweltschutz. Und: Sie stärkt Handwerk und Mittelstand vor Ort. Nur wenn wir Wirtschaft und Umwelt zusammenbringen, können wir die vor uns liegenden Herausforderungen meistern und auch morgen noch ein starker Industrie- und Dienstleistungsstandort sein. Darum: Macht Mehr Möglich – am 9. Mai!

Daniela Schn eckenburger,  
Landesvorsitzende



## Die Umwelt richtig vertreten



Beim Umweltschutz ist Nordrhein-Westfalen durch Schwarz-Gelb um viele Jahre zurückgefallen. Eine moderne Umwelt- und Ökologiepolitik kommt schlichtweg nicht mehr vor. Wir sind die politische Vertretung für den Schutz von Kernbereichen des Lebens. Und wir wollen diesen Schutz ausdehnen, den Schirm breiter spannen und das Dach weiter zimmern. Mit einem konsequenten Klimakonzept für Nordrhein-Westfalen, mit einer Umweltwirtschaft, die Zukunftsmärkte sichert, und mit einer Politik, die Umwelt, Verbraucherinnen und Verbraucher, Natur und Tiere vor einer immer aggressiveren Verwertungslogik wirklich schützt.

Johannes Remmel,  
parlamentarischer  
Geschäftsführer

## Stark für Demokratie und Bürgerrechte

Wir wollen die Demokratie stärken. Unser Motto: Mehr Macht den Bürgerinnen und Bürgern. Deshalb wollen wir einfache und faire Bürgerentscheide in den Kommunen, damit die Menschen auch zwischen den Wahlen über wichtige Fragen abstimmen können. Das Wahlalter wollen wir auf Landesebene auf 16 Jahre absenken und die Kommunalwahlen demokratischer gestalten. Wir wollen den Menschen die Selbstbestimmung über ihre persönlichen Daten zurückgeben. Die Skandale bei Lidl, der Telekom und der Bahn zeigen: Wir brauchen höhere Standards beim Datenschutz und mehr Kontrollen in Unternehmen. Deshalb wollen wir die zehnpromtigen



Kürzung beim Personal des Landesdatenschutzbeauftragten zurücknehmen. Wir wollen keine Online-Durchsuchungen, und wir sind davon überzeugt, dass Polizistinnen und Polizisten auf der Straße mehr Sicherheit bringen als Videokameras. Wir betrachten Menschen- und Bürgerrechte als Garant und nicht als Gefährdung der inneren Sicherheit. Das gilt auch und gerade im digitalen und vernetzten Zeitalter.

## Schutz für Mensch und Umwelt



In NRW ist die Hälfte der Tier- und Pflanzenarten vom Aussterben bedroht. Wir wollen unser wertvolles Naturerbe retten: Deshalb wollen wir den Flächenverbrauch stoppen. Wir wollen neue Nationalparks, einen großen Biotopverbund, wieder saubere und naturnahe Gewässer und den Wald schützen statt verkaufen. NRW soll Ökolandbau- Land Nr. 1

werden. Wir stehen für eine bäuerliche Landwirtschaft ohne Gentechnik und Tierquälerei. Wir kämpfen gegen Umweltgifte in Luft, Wasser und Boden. Dabei geht Gesundheitsschutz vor Unternehmensinteressen. Gefährliche Stoffe dürfen nicht ins Wasser gelangen. Lärmschutz ist uns wichtig, gerade auch bei Flughäfen. Die gefährliche BAYERCO-Pipeline wollen wir stoppen. Wir setzen bei Lebensmitteln auf mehr Kontrolle und stärkere Verbraucherrechte. Wir brauchen mehr Information, Kennzeichnung und Klagerechte. Die Namen schwarzer Schafe auf dem Lebensmittelmarkt (die z.B. Gammelfleisch verkaufen) müssen veröffentlicht werden. Telefonabzocke wollen wir ebenso stoppen wie Drückermethoden am Bankschalter.

## Wir stärken Frauen

Wir wollen, dass es in NRW künftig für Männer und Frauen weder Lohnunterschiede noch unterschiedliche Aufstiegschancen gibt. In Sachen Geschlechtergerechtigkeit hat sich Schwarz-Gelb rückwärts bewegt. Frauenpolitik wurde faktisch abgeschafft, die Weiterentwicklung von Gender Mainstreaming gestoppt. Nur eine eigenständige Existenzsicherung schützt Frauen vor finanziellen Notlagen und Altersarmut! Wir müssen uns endgültig vom »Ernährermodell« verabschieden und Frauen im Erwerbsleben auf allen Ebenen gleichstellen. Dies trifft auch die Wünsche von gut ausgebildeten Frauen. Deshalb kämpfen wir für existenzsichernde Mindestlöhne und für eine Neubewertung frauentypischer



Arbeitsplätze. Gemeinsam mit den Tarifparteien wollen wir Initiativen und Förderprogramme starten, um in diesen Bereichen für tatsächliche Gleichstellung zu sorgen. Um Frauen in Führungspositionen zu bringen, muss die Hälfte aller Aufsichtsratsplätze mit Frauen besetzt werden. Wir kämpfen gegen häusliche und sexuelle Gewalt. Frauenhäuser müssen wieder bedarfsdeckend finanziert werden.

## Dringende Hilfe für Städte und Gemeinden



Längst ist es in vielen Kommunen NRW's traurige Realität: Theater werden geschlossen, Stellen gestrichen, und es gilt Beförderungsstopp. In Schulen und Kitas zieht es in allen Ecken, die Sportanlagen verrotten, die Kommunen können Haushaltslöcher nicht mehr stopfen. Zugleich feiert Schwarz-Gelb unsoziale Steuersenkungen

auf Kosten der öffentlichen Haushalte. Viele Kommunen werden bald überschuldet sein oder sind es schon. Nur noch 44 von 394 Städten und Gemeinden haben ausgeglichene Haushalte. Die Kredite der Kommunen werden sich unter Schwarz-Gelb auf 20 Milliarden fast verdoppeln, weil ihnen CDU und FDP ähnlich viele Milliarden geraubt haben.

Wir wollen den Raubzug und die soziale Spaltung der Städte stoppen – eine verlässliche und verbesserte Grundfinanzierung muss her. Bund und Land müssen die Kosten des Sozialstaats wieder schultern. Gekoppelt an eigene Sparbemühungen müssen Altschulden der besonders armen Kommunen übernommen werden. Mit diesem Paket wollen wir die kommunale Selbstverwaltung stärken.

## Photovoltaik

Ein **Geschenk** des Himmels!

Investieren Sie mit uns erfolgreich in die **Sonne**.  
(Ihre Partnerin, die Ökologie mit Ökonomie verbindet).

Sprechen Sie mit uns -  
kostenlose Beratung vor Ort

elektrotechnik  
Heinz Rickhoff  
Königstr. 7 48291 Telgte  
Tel. 02504/1709  
Fax. 02504/72826

Mail: heinz.rickhoff@yahoo.de

## HELLA BONK

Mineralien und Schmuck

Echte Perlen und Edelsteine ...  
individueller Schmuck ...  
eigene Entwürfe und Anfertigung ...

Heilsteine, roh und poliert

Emsstraße 3 · 48291 Telgte · Telefon (0 25 04) 33 26

# Haushaltsrede 2010

**Die Grünen haben den Haushalt 2010 nicht mitgetragen. Fraktionssprecher Wolfgang Pieper begründet in seiner Haushaltsrede die Ablehnung. Wir dokumentieren - leicht gekürzt - die Haushaltsrede vom 15.4.2010.**

Herr Schönauer, meine Damen und Herren, hat seine Einbringungsrede für den Haushalt 2010 mit verschiedenen – damals fiktiven – Schlagzeilen der Tagespresse begonnen und gefolgt: Die Finanzkrise hat die Stadt Telgte erreicht.

Herr Stellvertretender Bürgermeister, meine Damen und Herren, Herr Schönauer hatte Recht, und er hat trotzdem eine wichtige Seite des derzeitigen Finanzdesasters der Städte und Gemeinden ausgeblendet. Die wegbrechenden Einnahmen sind für die Kommunen inzwischen das zentrale Problem, dem mit noch so großen Sparanstrengungen auch nicht ansatzweise beizukommen ist.

Ich darf dazu eine – ganz reale – Ausgabe der *Westfälischen*

Beitrag der Stadt zum Heimathaus Münsterland. Wir könnten vielleicht gerade einmal ein Drittel des strukturellen Defizits ausgleichen.

Aber um welchen Preis? Es heißt häufig, die Kommunen leben über ihre Verhältnisse.

Das Land Nordrhein-Westfalen hat aber in den vergangenen Jahren die Lasten der Städte und Gemeinden drastisch erhöht. Steuermehreinnahmen der Jahre 2005 bis 2009 hat NRW den Kommunen vorenthalten. Das Land hat unter anderem den kommunalen Anteil an der Grunderwerbsteuer gestrichen. Dafür beteiligt es aber die Städte und Gemeinden doppelt so hoch an den Krankenhausinvestitionen und leitet die Bundesbeteiligung an den Kosten des Wohngeldes nicht an die

**„Selbst wenn wir alle Zuschüsse für Freibad, Musikschule, Stadttouristik, Bücherei, Kultur, Sport, VHS und Heimathaus streichen, können wir gerade einmal ein Drittel des strukturellen Defizits ausgleichen.“**

*Nachrichten* vom Freitag letzter Woche für den Kreis Warendorf zitieren. Überschrift „Kurz vor dem Kollaps“. Dort wird Everswinkels Bürgermeister Ludger Banken wie folgt zitiert: „Selbst wenn ich Vitus-Bad und HOT schließe und die Schülerbeförderung auf Null setze, kann ich nicht mal die Hälfte des Finanzproblems lösen. Dagegen können wir nicht ansparen.“ (Zitat Ende)

Wir könnten das für Telgte einmal gedanklich durchexerzieren. Streichen wir die jährliche Verlustabdeckung für das Waldschwimmbad, streichen wir den städtischen Zuschuss zur Musikschule, zur Stadttouristik, zur städtischen Bücherei und zur gesamten Kulturförderung, die Sportförderung, den Zuschuss zur Volkshochschule und den

Kommunen durch. Weitere Kürzungen des Landes sind in der eben besprochenen Resolution aufgeführt. Der dickste Brocken dürften in dem Zusammenhang die zu viel an das Land gezahlten Millionen aus der Beteiligung der Kommunen an den Einheitslasten sein – laut Verfassungsgericht allein für das Jahr 2006 rd. 380 Millionen Euro, insgesamt fast 1,2 Milliarden Euro für die Jahre 2006 bis 2009.

Und auch der Bund trägt durch die Reduzierung der kommunalen Einnahmen und Verlagerung von Lasten enormen Anteil an der finanziellen Misere der Städte und Gemeinden. Die Steuerausfälle im Rahmen der beiden Konjunkturpakete belaufen sich auf jährlich 13 Milliarden Euro, das Wachstumsbeschleunigungsgesetz erhöht diese

Steuerausfälle um weitere 8 Milliarden Euro. (...)

Diese schleichende, im Ergebnis aber inzwischen drastische Entwicklung können die Kommunen nicht aus eigener Kraft und eigenen Sparanstrengungen kompensieren. Deshalb hätten wir uns gefreut, wenn der Rat heute zugleich mit der Verabschiedung des Haushaltes die eingebrachte Resolution an Bund und Land verabschiedet hätte.

Dabei sagen wir ja gar nicht, dass die Stadt nicht auch eigene Möglichkeiten zur Konsolidierung des Haushaltes nutzen muss, dass sie nicht auch eigene Anstrengungen zu einer noch größeren Kosteneffizienz unternehmen muss. Sparen ja, meine Damen und Herren, Kaputtsparen aber: Nein, zumindest nicht mit uns.

Ich weiß, dass unsere Ablehnung des Haushaltes nach der sechsstündigen Beratung im Finanzausschuss einige gewundert und irritiert hat. Ich darf Ihnen an zwei Beispielen unsere Haltung noch einmal zu erklären.

## 1. Die Musikschule.

Die Musikschule Telgte ist ein seit vielen Jahren sehr gut funktionierendes System der musikalischen Ausbildung und Förderung von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen, mit einem sehr hohen Anteil an den öffentlichen Kulturangeboten unserer Stadt, und sie erreichte im Vorjahr bei über 200 öffentlichen Auftritten und Veranstaltungen rund 19.000 Menschen. Wenn die Musikschule einen Sparbeitrag für den Haushalt erbringen soll, darf dies im Ergebnis ihre Funktionsfähigkeit nicht beeinträchtigen.

Genau dies tun Sie aber durch die Rasenmäherkürzungen von 7.500,- Euro in diesem und weiteren 10.000,- Euro im kommenden Jahr. Diese Art des „Sparens“ vernichtet die erforderlichen Spielräume, die die Musikschule für eine strukturelle Anpassung an einen geringeren städtischen Zuschuss benötigen würde. Das heißt: Selbst wenn man übereinstimmt in dem Ziel, dass die Musikschule einen Sparbeitrag leisten muss, führt Ihre Art des Sparens zum Verlust der Anpassungsfähigkeit. Und die konkreten Auswirkungen Ihres Beschlusses kennen wir bis heute nicht einmal,

denn damit hat sich im Vorfeld niemand befasst.

Wir hatten stattdessen vorge schlagen, der Musikschule über eine Zielvereinbarung die Möglichkeit zu geben, in den kommenden 2 – 3 Jahren durch eigene Anstrengungen und Projektideen den Zuschussbedarf zu reduzieren. Dem zuständigen Ausschuss sollte dazu ein Bericht über die Situation, die Entwicklungsmöglichkeiten und das Potenzial für Umstrukturierungen vorgelegt werden.

Sie haben das abgelehnt. Wir können – unter anderem deshalb – dem Haushalt nicht zustimmen.

**„Die Musikschule darf nicht in ihrer Funktionsfähigkeit beeinträchtigt werden.“**

## 2. Die Stadttouristik

Bei der Beratung über die Einschnitte bei der Stadttouristik stellte sich die Unwissenheit über die Auswirkungen des eigenen Beschlusses noch krasser dar. Verwunderung darüber, dass eine Reduzierung des Wochenstundenkontingentes um rund 20 Prozent auch zu einer Einschränkung der Leistungen und zum Beispiel auch der Öffnungszeiten führen wird (!)

Nach unserer Auffassung – und das entspricht eigentlich auch gesundem Menschenverstand – müsste der erste Schritt eine umfassende Information der Ratsgremien über die geplanten Umstrukturierungen sein.

Der zweite erforderliche Schritt wäre eine Vorstellung der vom Hauptausschuss 2008 bereits beschlossenen Neukonzeption und Neuausrichtung

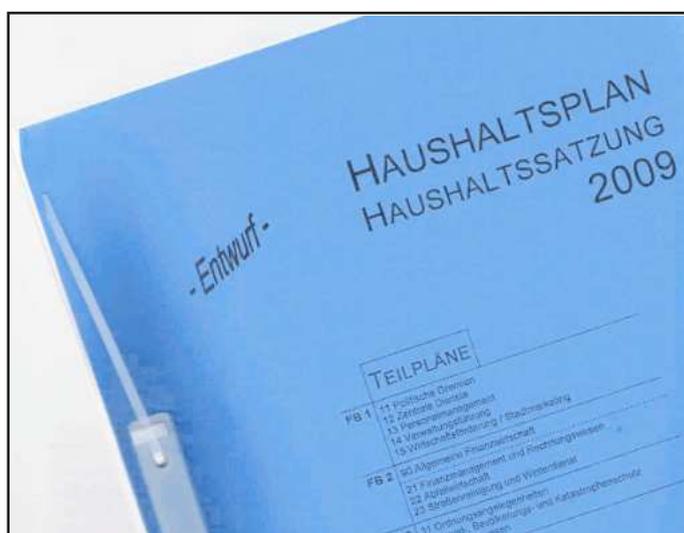
der Stadttouristik für den neu zusammengesetzten Rat. Die im Haushalt 2009 dafür eingestellten Finanzmittel sind ja überhaupt nicht für eine fachliche Beratung und Konzeptumsetzung verausgabt worden. Ergebnisse von internen Workshops zur Stadttouristik liegen auf Eis, sind zumindest bislang den Ratsgremien nicht vorgestellt und mit Blick auf Umsetzungsempfehlungen diskutiert worden.

Die Fraktion Bündnis 90/GRÜNE ist der Auffassung, dass die Angebote und der Service der Stadttouristik ein Aushängeschild unserer Stadt sind. Reduzierte Öffnungszeiten oder ein nicht zeitgemäßes

Touristikangebot würden der Stadt auf Dauer schaden, positive Effekte für Gastronomie, Beherbergungsbetriebe, Einzelhandel und andere Bereiche würden verpuffen. Um einen „Mehrwert“ für die ganze Stadt Telgte zu erreichen, müssten die erforderlichen Kräfte und Ressourcen für die Stadttouristik gebündelt und verstärkt werden, und nicht geschwächt, wie Sie es mit Ihrem Beschluss getan haben. Sie haben unseren Antrag dazu abgelehnt. Wir können – unter anderem deshalb – dem Haushalt nicht zustimmen.

(...)  
Die GRÜNE Fraktion hat die Haushalte der letzten Jahre regelmäßig mitgetragen und damit Verantwortung übernommen. Vielleicht sind wir ja im kommenden Jahr wieder dabei. Aber in diesem Jahr ist für den Etat eine Zustimmung aus unserer Sicht nicht drin.

wolfgang pieper



# Haushalt 2010

## Gewinnausschüttung der Sparkasse: Mittelverwendung muss transparent sein

Seit der Novellierung des Sparkassengesetzes NRW im Jahr 2008 erfolgt eine anteilige Gewinnausschüttung der Sparkassen unmittelbar an die Städte und Gemeinden, die das jeweilige Institut tragen. Im September 2009 hatte der Hauptausschuss in Telgte über die Verwendung der Gewinnausschüttung der Sparkasse Münsterland-Ost aus dem Jahresabschluss 2008 in Höhe von gut 53.000,- Euro beraten. Dabei wurde ein Betrag von

insgesamt rd. 15.000,- Euro für die Sanierung des Steinway-Flügels im Bürgerhaus und für das Frauenhaus Telgte festgelegt.

Der Hauptausschuss hatte seinerzeit ein transparentes und nachvollziehbares Verfahren zur künftigen Verwendung dieser Mittel gewünscht. Bei den diesjährigen Haushaltsberatungen im März 2010 hatte die Stadtverwaltung zwar einige Vorschläge zur

Verwendung der Sparkassen-Gewinnausschüttung unterbreitet. So sollen aus diesen Mitteln unter anderem die Zuschüsse der Stadt für den Stadtsportverband, für die Freiwillige Feuerwehr, für die Seniorenarbeit, für Aktivitäten im „Bündnis für Familien“, für die Musikvereine, den Kulturfreundeskreis und andere Zwecke finanziert werden. Auch die räumliche Erweiterung des Evangelischen Paul-Gerhardt-Kindergartens wird – über den Haushalt der Stadt Telgte – aus diesen Mitteln der Sparkasse bezuschusst.

Dennoch wurde im Finanzausschuss angemerkt, dass die Verwendung der Gelder aus der Gewinnausschüttung transparenter erfolgen sollte. Dazu sind nach Auffassung der GRÜNEN auch die aus Vorjahren noch nicht verausgabten Mittel offen zu legen und in die Beratung einzubeziehen. Ferner sollten nach unserer Auffassung auch direkte Anträge von Trägern, Vereinen oder Projekten möglich sein und zugelassen werden.

w.p. grüne ratsfraktion



## Kulturprogramm:

## Ausbau der Internetpräsenz weiter verschoben

Der Finanzausschuss hatte Anfang 2009 beschlossen, für den Ausbau der Internetpräsenz, der Internetwerbung sowie des Kartenverkaufs für das städtische Kulturprogramm über das Internet 15.000,- Euro bereitzustellen. Nachdem der Schul- und Kulturausschuss im Mai 2009 nach entsprechender Vorstellung des Systems die Mittel endgültig freigegeben hatte, war eine Umsetzung dann doch wegen finanzieller Engpässe unterblieben.

Die Stadtverwaltung selbst hatte bereits frühzeitig die Notwendigkeit einer Weiterentwicklung und Verbesserung der Öffentlichkeitsarbeit und der Werbung sowie des Kartenverkaufs für das Kulturprogramm über das Internet dargestellt. Insbesondere der Internet-Kartenverkauf stelle inzwischen einen gängigen und von den Nutzer/innen erwarteten Standard dar.

Auf erneute Nachfrage der GRÜNEN Fraktion stellte die Verwaltung nun im Finanzausschuss Ende März fest, dass sie den Ausbau der Internetpräsenz und eines Online-Kartenverkaufs zwar nach wie vor für sinnvoll halte, die Maßnahme aber dennoch weiter schieben müsse. Auch andere Möglichkeiten einer Finanzierung beispielsweise über Drittmittel, in Zusammenarbeit mit Sponsoren oder durch eine stufenweise Realisierung werden derzeit nicht als aussichtsreich eingeschätzt.

w.p. grüne ratsfraktion



In Telgte kann man Eintrittskarten nicht im Internet kaufen.

## Beschaffungswesen: Interkommunale Kooperation

Für die Haushaltsberatungen der Stadt hatte die Fraktion von Bündnis 90/DIE GRÜNEN beantragt, alle Möglichkeiten für eine interkommunale Kooperation im Bereich Beschaffungswesen, Wartungs- und Unterhaltungsverträge etc. zu prüfen und umzusetzen. Dabei sollten Einsparpotenziale für den städtischen Haushalt ebenso angestrebt werden wie die Berücksichtigung von Sozial- und Umweltstandards.

Die Verwaltung berichtete im Finanzausschuss, dass bereits in vielen Gebieten die Möglichkeiten einer Zusammenarbeit mit Nachbarkommunen gesucht und umgesetzt würden. Aus dem Bereich des Abwasserbetriebes oder auch für Beschaffungen für die Feuerwehr ist dies auch seit längerem schon bekannt.

Aus Sicht der GRÜNEN Fraktion sollten die Möglichkeiten der interkommunalen Kooperation der Stadt Telgte im Bereich Beschaffungswesen, Wartungs- und Unter-

haltungsverträge etc. ganz systematisch erweitert und voll ausgeschöpft werden. Dabei darf es allerdings nicht einfach um die „billigsten“ Beschaffungen gehen; vielmehr muss nach festgelegten Kriterien das wirtschaftlichste Angebot den Zuschlag erhalten.

Für eine – von den GRÜNEN ausdrücklich auch gewollte – vergaberechtssichere Berücksichtigung auch von Sozial- und Umweltstandards bietet das Vergaberecht seit der Novelle vom April 2009 ausreichende Möglichkeiten. Und das Land Nordrhein-Westfalen will jetzt die sparsame Nutzung von Energie per Erlass zu einem entscheidenden Kriterium bei der Vergabe öffentlicher Aufträge machen. Mit dem Erlass, der zum 01.05.2010 in Kraft treten soll, sollen ökonomische und auch ökologische Orientierungshilfen für Vergabeverfahren geboten werden.

w.p.



## Übernahme Auszubildender bei der Stadt

Der Tarifabschluss für den Öffentlichen Dienst von Anfang des Jahres sieht neben moderaten Vergütungsanpassungen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auch Maßnahmen zur Übernahme von Auszubildenden und für flexible Arbeitszeitregelungen für ältere Beschäftigte vor.

In einer Anfrage zum Finanzausschuss hatte die GRÜNE Fraktion hierzu konkret nachgefragt, welche Auswirkungen diese beiden

Maßnahmen der Tarifeinigung für die Stadtverwaltung Telgte haben und wie sie umgesetzt werden können.

Die Verwaltung konnte dazu mitteilen, dass in der Vergangenheit bereits in sehr hohem Maße die Auszubildenden nach Beendigung der Ausbildungszeit fest oder befristet übernommen werden oder auf andere Stellen vermittelt werden konnten. Zu beiden Bereichen soll im Laufe des Jahres noch einmal berichtet werden.

w.p. grüne ratsfraktion

## Stadttouristik Sparen ohne Konzept

Die Diskussion über die Einschnitte bei der Stadttouristik Telgte bzw. über die Weiterentwicklung des touristischen Angebotes war eines der herausragenden Themen bei den diesjährigen Haushaltsberatungen im Finanzausschuss. Die

GRÜNEN hatten beantragt, die von der Verwaltung vorgeschlagene Reduzierung des Stellenanteils für die Stadttouristik Telgte vorläufig nicht umzusetzen und stattdessen das bereits Ende 2008 beschlossene Konzept für eine Neuausrichtung der Stadttouristik weiter zu verfolgen. Dies lehnte die anderen Fraktionen im Ausschuss ab.

Die Stadtverwaltung hatte im Haushaltsentwurf eine deutliche Reduzierung der Stellenanteile in der Stadttouristik Telgte vorgeschlagen – eine Reduzierung von 88 auf 70 Wochenstunden für das eingesetzte Personal. Dass eine solche Kürzung nicht ohne Auswirkungen auf die Leistungsfähigkeit, das Angebot und die Öffnungszeiten der Stadttouristik bleiben kann, war den GRÜNEN klar. Umso mehr erstaunte es uns, dass beispielsweise der Fraktionschef der CDU davon ausging, dass alles weiterlaufen könnte wie bisher.

Bei den Kennzahlen des Haushaltes ging die Verwaltung allerdings bei gleicher Anzahl von Tagestouristen und Wallfahrern, von Gruppen-

buchungen und Stadtführungen wie auch von Eigenveranstaltungen der Stadttouristik sogar von einer um über 60 Prozent steigenden Präsenz der Stadttouristik bei Messen und Großveranstaltungen aus. Das passt nicht zusammen. Und tatsächlich stellte sich nach mehrmaliger Nachfrage heraus, dass unter anderem die Öffnungszeiten im Treffpunkt Telgte eingeschränkt werden sollen.

Die Fraktion Bündnis 90/GRÜNE ist auch nach der Ablehnung ihres Antrages der Auffassung, dass die Angebote und der Service der Stadttouristik ein Aushängeschild der Stadt sind. Reduzierte Öffnungszeiten oder ein nicht zeitgemäßes Touristikangebot dürften der Stadt auf Dauer schaden, positive Effekte für Gastronomie, Beherbergungsbetriebe, Einzelhandel etc. würden ausbleiben. Um einen „Mehrwert“ für die ganze Stadt Telgte nicht zu gefährden, sollten die erforderlichen Kräfte und Ressourcen für die Stadttouristik gebündelt und verstärkt werden.

Ein erster Schritt müsste doch zumindest eine umfassende Information der Ratsgremien über die geplanten Umstrukturierungen und den Einsatz des Fachpersonals sein. Aber auch dies wollten die übrigen Fraktionen nicht. In Unkenntnis über die konkreten Auswirkungen der Kürzung folgten sie dem Vorschlag der Verwaltung.

w.p. grüne ratsfraktion



Die Kürzungen bei der Stadttouristik werden auch eine Reduzierung der Öffnungszeiten nach sich ziehen.



Inhaber: Martin König  
Grabenstr. 1, Tel. 77 119  
Mo-Fr: 14-18:30, Sa 9-13  
www.fahrrad-könig.de

bioladen\*

15 JAHRE KORNBLUME  
FEIERN SIE MIT UNS  
EINE WOCHE LANG  
3.BIS 9.MAI  
täglich neue Überraschungen

am 7. und 8. Mai

20% Rabatt\*

auf jede Flasche Wein

Wir freuen uns auf Sie  
Reinhild Spitz Ingrid Thieme  
mit dem Kornblume-Team

\* Rabat auf reguläre Preise



Telgte, Schleifstege 15 - 17  
Telefon 0 25 04/15 65  
durchgehend geöffnet

## Programm „Kein Kind ohne Mahlzeit“ wird weiter gefördert

Auf Antrag der SPD-Fraktion hatte der Schul- und Kulturausschuss Ende 2007 einstimmig beschlossen, dass die Stadt Telgte sich am Landesprogramm „Kein Kind ohne Mahlzeit“ beteiligt, und dass die Stadt Telgte neben der Landesförderung für bedürftige Kinder einen städtischen Essenszuschuss in gleicher Höhe (1,00 Euro pro Mahlzeit) übernimmt. Das Programm der Landesregierung soll sicherstellen, dass die Einnahme eines warmen Mittagessens in Schule oder Kindergarten für die Kinder nicht an der finanziellen Leistungsfähigkeit der Elternhäuser scheitert.

Nachdem diese Beschlüsse für den Haushalt 2008 von der Verwaltung nicht umgesetzt worden war, bekräftigte der Finanzausschuss seine

Auffassung Anfang 2009, wonach die Stadt Telgte im Rahmen des Programms „Kein Kind ohne Mahlzeit“ den vollen Differenzbetrag zwischen Landeszuschuss und Elternanteil zu den Kosten pro Essen in der Offenen Ganztagschule (= 0,85 €) und in der Gebundenen Ganztagschule (= 1,20 €) übernimmt. Die entsprechenden Mehrkosten (von rd. 7.000,- €) werden in den Haushalt übernommen.

Im Haushaltsentwurf der Stadtverwaltung für dieses Jahr war dann allerdings wieder eine Verringerung der städtischen Förderung vorgesehen. Auf der Basis von erneuten Anträgen der SPD und der GRÜNEN wurde nun im Finanzausschuss aber beschlossen, die städtische Unterstützung des Programms neben der Landesförderung dauerhaft auf bisherigem Niveau fortzusetzen.

w.p. grüne ratsfraktion

Für die ehrenamtliche Tätigkeit von Ratsmitgliedern wird eine Aufwandsentschädigung gezahlt, die in der Höhe vom Innenministerium NRW festgelegt wird. Sie beträgt derzeit für Städte in der Größenordnung von Telgte monatlich 187,30 Euro pro Ratsmitglied. Das ist für eine ehrenamtliche Tätigkeit – auch wenn sie zum Teil sehr zeitintensiv ist – eine ganz ordentliche Entschädigung für den Aufwand.

Im Rahmen der Haushaltsberatungen hatten die GRÜNEN – nicht zum ersten Mal – beantragt, die Zahlung von Aufwandsentschädigungen für die ehrenamtliche Tätigkeit von Ratsmitgliedern zum nächstmöglichen Zeitpunkt von der monatlichen Pauschale (derzeit 187,30-Euro) auf die Kombination einer geringeren Monatspauschale (derzeit 100,80 Euro) und eines Sitzungsgeldes (derzeit 17,30 Euro pro Sitzung)

umzustellen. Auch diese Form der Aufwandsentschädigung lässt der Innenminister zu.

Die in Telgte bis in die 80er Jahre hinein geltende Kombination einer geringeren Monatspauschale und eines Sitzungsgeldes für die Zahlung von Aufwandsentschädigungen an Ratsmitglieder würde gegenüber der derzeitigen Regelung einer Monatspauschale zu erkennbaren Einsparungen für den städtischen Haushalt führen. Vor einigen Jahren bezifferte die Verwaltung die möglichen Einspareffekte (bei einem damals allerdings noch etwas größeren Rat) mit 9.000,- bis 12.000,- Euro bei leicht höherem Abrechnungsaufwand.

Der Antrag wurde dennoch von den anderen Fraktionen abgelehnt. Dabei hätten mit der beantragten Umstellung die Fraktionen und jedes einzelne Ratsmitglied durchaus einen Beitrag zur Kostenbegrenzung und

Einsparung öffentlicher Mittel leisten können. Die Kürzungen für die Ratsmitglieder wären nach Auffassung der GRÜNEN auch deshalb vertretbar gewesen, weil die Mittel ausdrücklich der Entschädigung eines tatsächlichen Mehraufwandes durch die Mandatswahrnehmung dienen sollen und keine wie auch immer geartete „Bezahlung“ darstellen.

w.p. grüne ratsfraktion

## Rat spart nicht bei sich selbst



# „Linke Ideologie“ – oder kommunale Interessen?

## Resolutionsentwurf der GRÜNEN löste Kritik aus

Über alle Parteigrenzen hinweg beklagen derzeit die politisch Verantwortlichen in den Städten, Kreisen und Gemeinden sowie die kommunalen Spitzenverbände die katastrophale Finanzlage der Kommunen und warnen davor, dass die Aufgaben der kommunalen Ebene nicht mehr erfüllt werden können. Im Rahmen der Haushaltsberatungen vertrat die GRÜNE Fraktion die Meinung, dass der Rat der Stadt Telgte durch eine Resolution auf die Schieflage der Kommunalfinanzen hinweisen und die Unterstützung von Land und Bund für eine verlässliche Finanzausstattung der Kommunen einfordern sollte.

Dieser Vorstoß löste heftige Kritik vor allem von CDU und SPD im Rat aus, der CDU-Fraktionsvorsitzende Volker Herwing sprach gar von „linker Ideologie“ und versuchte sich in „national-ökonomischer“ Nachhilfe. Zutreffend war sicherlich der Hinweis der SPD, dass die Quelle des Resolutionsentwurfs im Antrag der GRÜNEN nicht genannt war. Es

handelt sich weitgehend um den Text einer gemeinsamen Resolution der Landtagsfraktionen von SPD und GRÜNEN. Trotzdem wollten die Sozialdemokraten in Telgte sich den inhaltlichen Aussagen nicht anschließen.

Stattdessen unterbreitete die SPD-Fraktion den Vorschlag, eine Resolution auf der Grundlage eines Textes des Städte- und Gemeindebundes zu verabschieden. Und weil es den GRÜNEN nicht darum ging, wer letztendlich den Text verfasst hat, sondern was inhaltlich ausgesagt wird, zog die Ratsfraktion den eigenen

Text zurück und überließ der SPD die Federführung.

Damit Sie sich selbst ein Bild davon machen können, was als „linke Ideologie“ bezeichnet wurde, drucken wir den Textentwurf in der von den GRÜNEN eingebrachten Fassung ab. Inhaltlich deckt er in weiten Teilen genau die Kritik an Land und Bund ab, die in vielen Kommunen – über alle Parteigrenzen hinweg – gemeinsam formuliert wird, um die Interessen der Städte und Gemeinden zu verdeutlichen.

w.p. grüne ratsfraktion

### Resolutionen twurf der GRÜNEN Fraktion

(basierend auf einem Text der Landtagsfraktionen von SPD und GRÜNEN)

### Finanzusstattung und Aufgabenwahrnehmung der Kommunen dauerhaft sichern

Die NRW-Kommunen befinden sich in einer katastrophalen Finanzsituation. Gerade einmal 10 % der Städte und Gemeinden verfügen noch über einen strukturell ausgeglichenen Haushalt. Die Aufnahme kommunaler Kassenkredite in NRW steigt, dringend nötige Investitionen können kaum noch aus eigener Kraft durchgeführt werden, und die Ratsmitglieder können trotz intensiver Anstrengungen nicht ansatzweise die Löcher im Haushalt stopfen.

Diese Entwicklung ist doppelt gefährlich: Zum einen, weil die Bürgerinnen und Bürger in den Kommunen im Laufe diesen und nächsten Jahres den Preis mit höheren Gebühren und Steuern bezahlen werden. Zum anderen, weil die Kommunen nach dem Auslaufen des Konjunkturprogramms kaum noch Geld für Investitionen haben werden und so ausgerechnet in der noch nicht zu Ende gegangenen Wirtschaftskrise als Auftraggeber für Handwerk und Mittelstand wegfallen.

Das Land Nordrhein-Westfalen hat in den vergangenen Jahren die Lasten der Städte und Gemeinden drastisch erhöht. Steuermehreinnahmen der Jahre 2005 bis

2009 hat NRW den Städten und Gemeinden vorenthalten. Das Land hat unter anderem den Anteil der Kommunen an der Grunderwerbsteuer gestrichen. Dafür beteiligt es aber die Städte und Gemeinden doppelt so hoch an den Krankenhausinvestitionen und leitet die Bundesbeteiligung an den Kosten des Wohngeldes nicht an die Kommunen durch. Genauso enthält das Land den Kommunen die Kostenbeteiligung des Bundes an den Betriebskosten der U 3 - Betreuungsplätzen vor und es hat die Beteiligung an den Elternbeiträgen für Kindertagesstätten gestrichen. Ferner kommen Kürzungen bei der Schülerbeförderung, der Weiterbildung und in verschiedenen anderen Bereichen der Kommunen hinzu.

Ferner hat das Land die Beteiligung der Kommunen an den Einheitslasten derart überzogen, dass das Verfassungsgericht allein für das Jahr 2006 festgestellt hat, dass die Kommunen in einer Größenordnung von 380 Millionen Euro zu viel an das Land gezahlt haben. Insgesamt sind es derzeit fast 1,2 Milliarden Euro für die Jahre 2006 bis 2009.

Auch der Bund trägt durch ständige Reduzierung der Einnahmen und Verlagerung von Lasten enormen Anteil an der finanziellen Misere der Städte und Gemeinden. So hat der Bund im Rahmen der Konjunkturpakete unter anderem Steuerentlastungen in Höhe von jährlich 13 Milliarden Euro beschlossen. Das Wachstumsbeschleunigungsgesetz erhöht diese

Steuerausfälle um weitere 8 Milliarden Euro. Laut Koalitionsvertrag der Regierungsfaktionen soll ab dem Jahr 2011 im Rahmen einer großen Steuerreform eine weitere Entlastungsstufe in Höhe von 19 Milliarden Euro durch Einführung eines Stufenarfs erfolgen. Das Bundesfinanzministerium geht allerdings bei Einführung eines solchen Tarifverlaufes ohne weitere Änderungen des Steuerrechts von Kosten in Höhe von 67 Milliarden Euro aus. Diese unvorstellbare Größenordnung würde die Kommunen mit Einnahmeausfällen von weit über zwei Milliarden Euro jährlich treffen.

### Kommunen brauchen eine verlässliche Finanzierung ihrer Aufgaben

Gerade in der Wirtschaft- und Finanzkrise kommt der kommunalen Daseinsvorsorge ein besonderer Stellenwert zu. Die Kommunen tragen und gestalten zahlreiche Dienstleistungen und Hilfen für die von der Krise bedrohten und betroffenen Menschen.

### Der Rat der Stadt Telgte fordert daher Land und Bund auf:

1. Keine weiteren Steuergeschenke, Rücknahme des Wachstumsbeschleunigungsgesetzes mit seinen Belastungen für die kommunale Ebene. Die Finanzierungsbasis der kommunalen Haushalte muss stattdessen auf neue Füße gestellt und dauerhaft gesichert werden.
2. Die Kommunen müssen eigene verbrieftete Einnahmelmöglichkeiten behalten, um

die grundgesetzlich garantierte Funktion als eigenständige Handlungsebene im Staatsaufbau erfüllen zu können. Die Gewerbesteuer muss in ihrem Charakter als **kommunale Wirtschaftssteuer** erhalten und zugleich gestärkt werden.

3. **Bund und Land** müssen ihrer Verantwortung für einen sozialen Föderalismus wieder gerecht werden und einen deutlichen höheren Anteil an der **Finanzierung der Soziallasten** übernehmen. Unter anderem muss der Bund in einem ersten Schritt wieder einen angemessenen Anteil an den **Kosten der Unterkunft** tragen. Statt ihn von vormals 31,2 auf nunmehr etwa 23 % abzusenkten, wäre ausweislich aller fachlichen Untersuchungen eine Beteiligung in der Größenordnung von 38 % erforderlich.

4. Das Land muss die Regelungen zur **Konnexität** strikt einhalten und darf nicht Aufgaben und Lasten ohne angemessenen finanziellen Ausgleich auf die Kommunen abschieben. Das Land muss die Verbundgrundlagen konstant halten und darf nicht je nach Kassenlage in diese eingreifen.

5. Die zu viel gezahlte Beteiligung an den **Solidarpakt-Lasten** des Landes für die Jahre 2006 bis 2009 müssen kurzfristig vom Land zurückgezahlt werden. Das Land wird aufgefordert, die Grundsätze des Urteils des Verfassungsgerichtes vom 11.12.2007 dauerhaft anzuwenden.



**mindermann**  
Augenoptik am Baßfeld

**Ursula Mindermann**  
Dipl.Ing für Augenoptik

**Baßfeld 12 • 48291 Telgte**  
Fon 0 25 04 - 50 50  
[www.mindermann-augenoptik.de](http://www.mindermann-augenoptik.de)

**Die Gaststätte**  
für  
**„Jung und Alt“!**  
**Mit Biergarten**



**Im wilden Mann**

Inh. Familie Michael Brandes  
**Emsstraße 25**  
☎ (02504) 6600

- Mo. - Fr.: 17.00 - 1.00 Uhr
- Mittwochs Ruhetag
- Samstags, Sonntags + Feiertags ab 10.00 Uhr Frühschoppen

**Impressum**  
**»dat Pöggskén«**  
Zeitung der GRÜNEN Telgte

**Hrsg.:** Ratsfraktion und Ortsverband von Bündnis 90/DIE GRÜNEN

**erscheint:** ...3 bis 4 Mal im Jahr

**Auflage:** ... 8.000 Stück

**V.i.S.d.P.:** ... Wolfgang Pieper  
Ritterstr. 4 48291 Telgte

**Textbeiträge:**  
Marian Husmann (m.h.), Valerie Kelling (v.k.), Gerd Klünder (g.k.), Uschi Mindermann (u.m.), Kaja Müller (k.m.), Wolfgang Pieper (w.p.), Joachim Thiel (j.t.), Amgard Werdermann (a.w.), Uwe Werdermann (u.w.e.)  
Die mit „grüne ratsfraktion“ gekennzeichneten Artikel sind Veröffentlichungen der Grünen Ratsfraktion.

Betrachtet man die Historie der Entstehung des Bebauungsplans „Klatenberge-Ost“ muss man zu dem Schluss kommen, dass bei den Informationen, die die Bürger und auch der Rat der Stadt erhalten haben, die Wahrheit oft auf der Strecke geblieben ist. Das fing schon mit der Anliegerversammlung im Altenheim Maria Rast an. Da haben der damalige Bürgermeister Dr. Meendermann und die Herren Kirchner und Gründker den Bebauungsplan und die massive Privatbebauung mit „public private partnership“ begründet, um das Altenheim Maria Rast sanieren zu können. Die Wahrheit ist: Das Altenheim kann auch ohne Bebauungsplan saniert und auch, erweitert werden. Das wussten die Verantwortlichen damals schon. Die Bürgerinnen und Bürger mussten sich die wahrheitsgemäßen Informationen erst selbst besorgen. Immerhin, der erste Widerstand gegen den vorgestellten Bebauungsplan regte sich bereits.

Durch die Bauvorhaben sollten 6,5 Mio. € Fördermittel „nach Telgte geholt“ worden sein. So hat es die CDU-Frau Wichert in der Wahlmitteilung zur Kommunalwahl behauptet. Auf Nachfrage hat sie erklärt, „das sei immer so gesagt worden“. Die Wahrheit ist: Keine Fördermittel, lediglich ein zinsgünstiges

## Baugebiet „Klatenberge-Ost“: Die Wahrheit blieb oft auf der Strecke

Darlehen in Höhe von 2,4 Mio. € für das Altenheim. Wer setzt solche Gerüchte in die Welt und welcher Zweck soll damit verfolgt werden?

Jetzt werden mögliche Schadensersatzleistungen seitens der Stadt an den Investor in Millionenhöhe in den Raum gestellt. Der Rechtsbeistand der Stadtverwaltung hat einen zu erwartenden Schadenersatz von „null bis siebenstellig“ beziffert. Die Wahrheit ist: Kein Schadensersatz. Ein Schadensersatz in Millionenhöhe könnte im übrigen nur unter Berücksichtigung von entgangenem Gewinn zustande kommen. Das haben zwei Anwaltskanzleien, die der „Initiativkreis Klatenberge“ beauftragt hat, unabhängig voneinander in ihren gutachtlichen Stellungnahmen bestätigt. Vom Städte- und Gemeindebund, der nun zu dieser Frage von der Stadtverwaltung gehört werden soll, muss eine anders lautende Beurteilung nicht erwartet werden. Man darf annehmen, dass solche Erkenntnisse sich jedermann erschließen. Trotzdem sollten nach dem Willen der Stadtverwaltung in der Ratssitzung am 15.04. die Weichen auf „Heilung“ der vom OVG aufgezeigten Mängel des Bebauungsplanes gestellt werden. Das hieße, den bisherigen Bebauungsplan unverändert in das Bauleitverfahren zu

übernehmen. Als einzige Fraktion hat sich die CDU für diese Lösung stark gemacht.

Weshalb soll der Bebauungsplan „Klatenberge-Ost“ unbedingt in dem jetzigen Umfang durchgesetzt werden? Reicht nicht einfach eine Bebauung des Geländes des ehemaligen Michaelsheims? Dort hat bereits ohne Bebauungsplan eine Bebauung begonnen (§ 34 BauGB). Für die Bürger stellt sich die Frage, wer an der Bebauung bisher unbebauter Grundstücke – nur dafür wird ein Bebauungsplan gebraucht – ein derartig starkes Interesse hat, dass sogar Räte und Bürger oft nicht wahrheitsgemäß informiert worden sind? Da kann sich jeder seinen „eigenen Reim“ darauf machen.

Inzwischen ist ein anonymer Brief bei der Stadtverwaltung eingegangen in dem einzelne Bürger die im Klatenberg wohnen und die „Bürgerinitiative“ in Misskredit gebracht werden sollen. Der stellvertr. Bürgermeister Herr Schönauer hat diesen Brief den Fraktionsvorsitzenden zugeleitet. Weshalb landet ein anonymer Brief, der Gott weiß von wem geschrieben worden sein kann, nicht einfach im Papierkorb wo er hingehört? Statt dessen wird er vervielfältigt und noch im Rat verbreitet. Eine solche „Transparenz“

hätte man sich von der Verwaltung z. B. bei der Behandlung des Bebauungsplans gewünscht.

Zum Schluss noch eine Frage zum Bebauungskonzept der Fa. Kirchner-Immobilien: Wer mag glauben, dass in den 48 „altersgerechten Wohnungen“ (in der Planbegründung ist von „seniorengerechten Wohnungen“ die Rede), die in 2 Baukörpern von mehr als 50 m Länge und drei Geschossen entstehen sollen und den acht Senioren-Bungalows nur Senioren wohnen werden? Geht man davon aus, dass Senioren im Mönkediek Seniorenwohnungen mit hervorragender Infrastruktur

(Öffentliche Verkehrsmittel, Zugang zur Innenstadt, Ärztehaus vor der Haustür) beziehen können, dann werden die Wohnungen im Klatenberg ohne jegliche Infrastruktur nicht oder nur vereinzelt an ältere Menschen zu vermieten sein. Das bedeutet, dass in den Wohnungen keine oder nur wenig Senioren, sondern andere Mieter wohnen werden. Dies zeigt das Beispiel in Enniger. Dort wurde von Herrn Kirchner ebenfalls am Stadtrand ohne Infrastruktur ein Gebäude mit acht Seniorenwohnungen errichtet, das nicht oder nicht mehr von Senioren bewohnt ist.



Direkt vor dem OVG-Urteil wurden Fakten geschaffen.

Selbst das OVG Münster hat darauf aufmerksam gemacht, dass nicht ersichtlich ist, „was mit den unter Nr. 6 der Planbegründung erwähnten *Senioren-Bungalows* eigentlich gemeint ist und welche Folgen es hat, dass die Vorstellungen des Plangebers hierzu nicht vertraglich gesichert worden sind“. Sollte ein neuer Bebauungsplan erstellt werden, dann muss in jedem Fall sowohl das Bebauungskonzept als auch die vertragliche Gestaltung nachgebessert werden. Mal ganz provozierend: Ein sozialer Brennpunkt im Klatenberg direkt vor dem Altenheim kann doch eigentlich niemand wollen, oder?

Arnold Henninger  
Initiativkreis Klatenberge



Inhaber: Martin König  
Grabenstr. 1, Tel. 77 119  
Mo-Fr: 14-18:30, Sa 9-13  
www.fahrrad-könig.de

Röwekamp & Stumpe GbR

Tischlerei  
**HANS STUMPE**



www.tischlerei-stumpe.de

Telefon 0 25 82 - 66 88 23



AURO  
natürlich meine Welt

isofloc  
Wärmedämmtechnik



• Verkauf • Beratung • Planung • Hilfe bei Selbsteinbau • Montage •

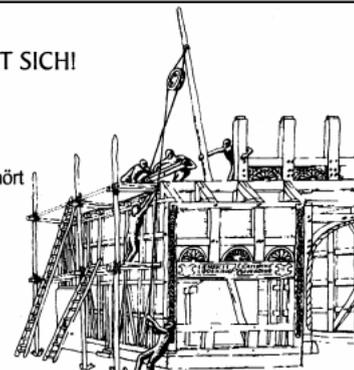
W. Schneider-Reif  
Kamenzstraße 8  
48351 Everswinkel

Tel.: (025 82) 9022 16  
E-Mail: solar-konzept@t-online.de  
www.solar-konzept.net

ALTES ZU ERHALTEN LOHNT SICH!

Wir restaurieren für Sie:  
Fachwerk, Gauben, Dachstühle  
Alles was zu einem betagten Haus gehört

Wir bauen und entwerfen für Sie:  
Gartenhäuser, Pergolas, Verandas,  
und vieles mehr, fragen Sie uns



Zimmerei • Restaurierung  
KLAAS STIEGEMEIER - OEHLEN  
Tel.: 02504 - 5959 in Telgte



## Neuer Schafbock auf dem Emshof Spende aus dem Regenbogenfonds der Grünen

Die Freude war groß, als Tatjana Scharfe und Uli Schlösser als VertreterInnen der Grünen Ratsfraktion Telgtes eine Spende von 200 € aus dem Regenbogenfonds an das Team vom Emshof überbrachten.

Paulchen, ein stattlicher Bock der Rasse Bentheimer Landschaf genießt seit einigen

Tagen sein Leben in der Herde des Emshofes.

Über seine Anschaffung freuen sich besonders Ute Wichelhaus (Geschäftsführerin) und Andreas Tepe (Vorstandsmitglied) vom Emshof Team.

„Zu einer Herde gehört ein Bock, somit Nachwuchs einfach dazu“ so Ute Wichelhaus. Die Schafe und alle anfallenden

Arbeiten sind ein wichtiger Programmbestandteil.

Durch die Spende aus dem Regenbogenfonds konnte ein Zuchtbock der alten Haustierrasse Bentheimer Landschaf angeschafft werden.

Der Regenbogenfonds finanziert sich aus den Aufwandsentschädigungen, die die Grünen Ratmitglieder für Ihre Ratstätigkeit erhalten. u.s.

## Termine im Rathaus

4.5.10 17 Uhr Hauptausschuss  
12.5.10 17 Uhr Wahlausschuss  
27.5.10 17 Uhr Rat der Stadt Telgte

Dienstags, 20.15 Uhr (außer in den Ferien und nach Ratssitzungen): offene Fraktionssitzung der GRÜNEN Ratsfraktion  
nächste Termine: 4.5.10, 11.5.10

## Kontaktadressen



### Ortsverband:

Gerd Klünder  
Emsstr. 22  
48291 Telgte

### Ratsfraktion:

Wolfgang Pieper  
Rittersstr. 4  
48291 Telgte  
Tel. 6267

[www.gruene-telgte.de](http://www.gruene-telgte.de)



Bei der Eröffnung des Frühlingfestes in Telgte müssten die Bürgermeisterkandidaten nicht nur Rede und Antwort stehen, sondern auch ihr handwerkliches Geschick beweisen.

Wie auf den Fotos deutlich zu erkennen zeigte Wolfgang Pieper, dass er den Nagel auf den Kopf trifft....



## Orangensaft aus fairem Handel

*Dies und vieles mehr...*

### Eine Welt St. Marien St. Marien

Schleifstiege  
Mi 15 - 18 Uhr  
Sa 10 - 13 Uhr  
So 10.30 - 13 Uhr

### Weltladen der Ev. Kirchengemeinde

An der Petruskirche 4  
Mo, Di, Do, Fr 10 - 12 Uhr  
So nach dem Gottesdienst

## „Danke“ für zusätzliche 1,7 Tonnen CO<sub>2</sub>!

Zur Sitzung des Finanzausschusses hatten die Grünen beantragt 95% des Papierbedarfes durch Recyclingpapier zu decken. Da mir aus den vergangenen Jahren wohl bekannt war, mit welcher Ignoranz die anderen Parteien diesen Antrag ablehnten informierte ich mich vorher über die zusätzlichen Kosten, Einsparungen für die Umwelt und Nachteile in der Papierqualität. Die Stadt (inklusive Schulen) verbrauchte im letzten Jahr ca. 2 Millionen Blatt Papier. Würde der komplette Papierbedarf durch Recyclingpapier gedeckt kämen auf die Stadt lediglich ca. 100€ Mehrkosten zu. Es zeigt sich daher, dass Recyclingpapier und konventionelles Papier sich von den Kosten kaum unterscheiden.

Betrachten wir einmal die Klimabilanz. Um 2 Millionen Blatt Recyclingpapier zu fertigen werden ca. 11,2t Altpapier benötigt. Um sog Frischfaserpapier zu erzeugen werden ca. 29,9t Holz verwendet. Dies entspricht, nehmen wir einmal an ein Baum im Klatenberg ist 25m hoch, 30 Bäumen. 2 Millionen Blatt Recyclingpapier sparen in der Produktion außerdem 316 341 Liter Wasser, sowie 65 147 kWh Strom. Hinzu kommt eine zusätzliche CO<sub>2</sub> Belastung von 1,7 Tonnen durch die Produktion von Frischfaserpapier.

Es wäre also logisch gewesen wenn eine Stadt wie Telgte, die auch am European Energy Award teilnimmt, sich für Recyclingpapier entschieden hätte. Das Recyclingpapier hätte keinerlei Auswirkungen auf die Qualität gehabt. Auch standardmäßige Laserdrucker haben keine

Probleme mit der sehr guten Qualität des Recyclingpapiers. Dies bestätigt zumindest der Druckerhersteller Xerox. Die Archivierung von Recyclingpapier ist dazu ebenso wie die Urkundentauglichkeit gegeben.

Das Argument mit dem Recyclingpapier abgelehnt wurde soll Ihnen an dieser Stelle natürlich nicht vorenthalten bleiben. In konventionellem Papier sei ein hoher Anteil an Recyclingpapier enthalten und so müsste eine Umstellung nicht stattfinden. Der Zusammenhang mag richtig sein, bedenkt man das Zeitungen auf Recyclingpapier gedruckt werden und diese einen hohen Anteil am Papierverbrauch ausmachen. In der Praxis stimmt es allerdings nicht. So werden am Schulzentrum Frischfaserpapiere hergestellt, die aus Bambus aus Brasilien gefertigt werden.

Nächstes Jahr stellen wir den gleichen Antrag zum Finanzausschuss daher noch einmal.

In der Zwischenzeit könnten Sie ja auch etwas für den Klimaschutz machen. Verwenden Sie nur noch Papiere mit dem blauen Engel. Diese kosten meist dasselbe, wenn nicht sogar weniger, und besitzen mittlerweile einen sehr hohen Weißegrad. Klimaschutz fängt eben auch bei den Schulheften an!

Dieser Artikel wurde übrigens an einem PC verfasst, der mit

ETO Ökostrom läuft. Zu 100% aus Wasserkraft und nicht teurer als die anderen Tarife der Stadtwerke. Ein Wechsel lohnt also.

*m.h. grüne ratsfraktion*

In Zukunft

## RECYCLING-PAPIER

Überzeugende Argumente für das Büro

Eignet sich Recyclingpapier für den Büroalltag?

Gibt es technische und qualitative Unterschiede?

Was halten Kunden von Recyclingpapier?

Umwelt Bundes Amt  
für Umwelt und Klima

Initiative Pro Recyclingpapier  
[www.initiative-papier.de](http://www.initiative-papier.de)

CDU,SPD und FDP wollen weiterhin nicht auf Recyclingpapier umstellen.